



Stadt Dormagen 41538 Dormagen

SPD-Fraktion
z. H. Herrn Fraktionsvorsitzenden
Bernhard Schmitt

per Fraktionsfach

Stadt Dormagen
Der Bürgermeister
Paul-Wierich-Platz 2
41539 Dormagen

Ratsbüro
Zuständig Frau Müller
Raum 3.04
Telefon 02133 257 359
Telefax 02133 257 77359
E-Mail astrid.mueller@stadt-dormagen.de
Mein Zeichen Rat/mü
Datum 12.08.2013

Jahresabschluss 2012 Anfrage vom 23.07.2013

Sehr geehrter Herr Schmitt, sehr geehrte Damen und Herren,

ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

1. Worauf beruht diese Verbesserung? In welchen Bereichen gab es Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben, die zusammengerechnet eine Verbesserung um 5,8 Mio. € ausmachen?

Im Bericht zum Entwurf des Jahresabschlusses 2012 werden im Lagebericht unter dem Gliederungspunkt 3.4 Ertragslage (ab S. 92) die wesentlichen Zahlen und Abweichungen der Zahlen des Entwurfs des Jahresabschlusses gegenüber den ursprünglichen Zahlen und gegenüber den Vorjahreszahlen erläutert. Die entsprechenden Seiten (Seite 92 - 102) sind als Anlage beigefügt.

Für Erträge ergeben sich Verbesserungen i. H. v. 1,07 Mio. €, während es bei den Aufwendungen Verbesserungen i. H. v. 4,74 Mio. € gibt (vgl. Anlage).

2. Seit wann sind diese Zahlen und die Tendenzen zur Verbesserung der Haushaltssituation 2012 bekannt?

Im Finanzzwischenbericht zum 31.05.2012 (vgl. DS 8/1169, Rat 03.07.2012) wurden bereits Verbesserungen von 1,2 Mio. € prognostiziert. Darin enthalten waren unter anderem prognostizierte Mindererträge von 2 Mio. €. Entgegen dieser Prognose konnte für das Gesamtjahr der Planansatz jedoch leicht übertroffen werden.

Bankverbindungen
Sparkasse Neuss Kto 330 522, BLZ 305 500 00
VB Düsseldorf Neuss Kto 3100911018, BLZ 301 602 13
VR Bank Kto 3020200013, BLZ 305 605 48

Allgemeine Sprechzeiten
Mo, Di, Mi 8.30 – 12 Uhr,
Do 14 – 18 Uhr, Fr 8.30 – 12 Uhr
und nach Vereinbarung
ÖPNV: Bus 881, 882, 883, 884, 885, 886
Haltestelle Marktplatz

Zentrale:
Telefon 02133 257-0
Telefax 02133 257-77000
www.dormagen.de

Des Weiteren unterblieben durch die Haushaltssperre zum Ende des Jahres 2012 Aufwendungen bzw. diese wurden bis zur Genehmigung des HSK verschoben, so dass über den gesamten Erfolg dieser Maßnahmen und Ertragssteigerungen erst gegen Mitte des Jahres 2013 ein Überblick vorlag, da der Buchungsschluss für das Haushaltsjahr 2012 auf Ende März 2013 terminiert war.

3. Wie sieht die derzeitige Haushaltslage aus? Zeichnen sich für 2013 ähnliche Verbesserungen ab?

Zur Zeit wird an der Erstellung der Produktberichte für das erste Halbjahr 2013 gearbeitet. Die Fortschreibung des Doppelhaushaltsplans 2012/2013 sieht unter Genehmigung der Maßnahmen für das Haushaltssicherungskonzept für 2013 einen Fehlbetrag i. H. v. 9,77 Mio. € vor. Zum jetzigen Zeitpunkt können leider noch keine Beträge genannt werden.

Freundliche Grüße



Hoffmann
Bürgermeister

Anlage

Auszug aus dem Bericht Entwurf Jahresabschluss 2012

Bei den in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Fortgeschriebenen Ansätzen des Haushaltsjahres 2012 handelt es sich um die Ansätze laut Haushaltsplan.

Erläuterungen zu Ertrags- und Aufwandsarten:

Erträge

Nr.	Positionsbezeichnung	Fortgeschr. Ansatz 2012 T€	Ist-Ergebnis 2012 T€	Unterschied T€
1	Steuern und ähnliche Abgaben	63.529,0	65.922,3	2.393,3
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.165,5	17.726,5	-439,0
3	Sonstige Transfererträge	583,5	334,1	-249,4
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.699,3	14.711,2	11,9
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	604,2	684,5	80,3
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.760,2	9.500,2	740,0
7	Sonstige ordentliche Erträge	8.532,2	8.613,2	81,0
8	Aktiviertete Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
10	Ordentliche Erträge	114.873,9	117.492,0	2.618,1
19	Finanzerträge	1.867,2	320,4	-1.546,8
	Gesamtbetrag der Erträge	116.741,1	117.812,4	1.071,3

zu 1. Steuern und ähnliche Abgaben

Die Steigerung von 2,4 Mio. € gegenüber dem Ansatz ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Gründen: Der Gewerbesteueransatz i. H. v. 22,0 Mio. € wird um 616 T€ übertroffen und liegt zum Jahresende bei 22,6 Mio. €. Zudem liegt der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit rd. 26,7 Mio. € um 1,7 Mio. € höher als im Haushaltsplan veranschlagt. Hinzu kommen Verbesserungen bei der Vergnügungssteuer (+33 T€), bei der Hundesteuer (+8 T€) sowie bei den Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (+123 T€). Dem gegenüber ergeben sich leichte Verschlechterungen bei der Grundsteuer A (- 5,5 T€), der Grundsteuer B (-60,1 T€) sowie beim Anteil an der Umsatzsteuer (- 28 T€).

zu 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Das Ergebnis der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen liegt rd. 439 T€ unter dem Ansatz.

Die Gewerbesteuerumlage sowie die Umlage zum Fonds Deutsche Einheit wurden mit Bescheid vom 23.01.2012 für 2011 abgerechnet. Hieraus ergaben sich Überzahlungen von jeweils 60,6 T€, die im Jahr 2012 als Ertrag zu verbuchen waren (+121,2 T€).

Die Stadt Dormagen erhält nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) eine Aufgabenträgerpauschale, die bisher im Haushaltsplan nicht veranschlagt war (+57,6 T€).

Weitere Abweichungen ergeben sich hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten sowie bei diversen Zuweisungen.

zu 3. Sonstige Transfererträge

Die Sonstigen Transfererträge, welche den Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen umfassen, sind rd. 249 T€ niedriger ausgefallen als im Haushaltsplan veranschlagt.

zu 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Bei dieser Position sind gegenüber der Planung Mehrerträge von 11,9 T€ zu verzeichnen.

Bei den Baugebühren wurden bei einem Haushaltsansatz von 300 T€ Mehrerträge von 53,5 T€ erzielt. Die Müllabfuhrgebühren liegen 49,6 T€ über dem Haushaltsansatz von 5,3 Mio. €. Bei den Feuerwehr- und Rettungsdienstgebühren waren bei einem Ansatz von insgesamt 2,44 Mio. € Mindererträge von 103,2 T€ zu verzeichnen.

zu 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte belaufen sich im Haushaltsjahr 2012 auf 684,5 T€.

zu 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Diese Position weist Mehrerträge gegenüber der Planung von 740 T€ aus. Die Abweichung ergibt sich hauptsächlich aus Altpapiervergütung des Rhein-Kreises Neuss

(+305 T€, kein Ansatz geplant), die erstmalig 2012 gezahlt wurde. Des Weiteren sind bei einer Vielzahl von Positionen kleinere bis mittlere Mehrerträge zu verzeichnen.

Dem gegenüber stehen geringere Erträge bei der Personalkostenerstattung durch das Jobcenter (-153 T€) und geringere Erstattungen der Serviceleistungen des Bereichs Organisation (-150 T€) auf Grund der direkten Rechnungsstellung der Prüfungskosten der Rechnungsprüfung des Rhein-Kreises Neuss an die Betriebe.

zu 7. Sonstige ordentliche Erträge

Bei dieser Position sind Mehrerträge in Höhe von 80,3 T€ zu verzeichnen.

Diese Mehrerträge ergeben sich u. a. aus Miet- und Mietnebenkostenerstattungen des Eigenbetrieb Dormagen sowie aus höheren Erträgen bei den Mahngebühren und den Säumniszuschlägen sowie periodenfremden Erträgen.

Unter dieser Position werden auch die Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen ausgewiesen. In den Jahresabschlüssen wurden diese mit der Netto-Methode (Verkaufserlös – Restbuchwert) ausgewiesen. Im Haushaltsplan waren hier lediglich die Planerlöse ausgewiesen. Die Restbuchwerte aus den abgängigen Anlagen wurden unter den bilanziellen Abschreibungen veranschlagt. Im Jahresabschluss 2012 wurden Restbuchwerte i. H. v. 1,15 Mio. € unter den Sonstigen ordentlichen Erträgen ausgebucht.

Des Weiteren ergeben sich leichte Abweichungen aus der Auflösung bzw. Herabsetzung der Pensions- und Beihilferückstellungen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Korrekturen, Auflösungen auf Grund von Dienstherrnwechseln oder Einstellung der Versorgungsansprüche. Diesen stehen Mehraufwendungen bei den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen (siehe Personal- und Versorgungsaufwendungen) gegenüber.

zu 8. Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen waren wie geplant nicht zu verbuchen.

zu 19. Finanzerträge

Die Verschlechterung i. H. v. 1,55 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen dadurch, dass die Nachzahlungszinsen für Gewerbesteuer 1,07 Mio. € geringer ausgefallen sind als veranschlagt.

Ebenso liegen die Zinserträge von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen aus dem Cashmanagement mit rd. 175 T€ um 485 T€ unter dem veranschlagten Ansatz. Als Grund hierfür kann das momentan sehr niedrige Zinsniveau angeführt werden.

Im Jahresvergleich stellen sich die Erträge wie folgt dar:

Nr.	Positionsbezeichnung	Ist-Ergebnis 2011 T€	Ist-Ergebnis 2012 T€	Unterschied T€
1	Steuern und ähnliche Abgaben	64.343,2	65.922,3	1.579,1
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	24.125,1	17.726,5	-6.398,6
3	Sonstige Transfererträge	452,6	334,1	-118,5
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.606,8	14.711,2	104,4
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	582,3	684,5	102,2
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.089,0	9.500,2	411,2
7	Sonstige ordentliche Erträge	9.188,1	8.613,2	-575,0
8	Aktivierete Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
10	Ordentliche Erträge	122.387,2	117.492,0	-4.895,2
19	Finanzerträge	1.119,1	320,4	-798,7
	Gesamtbetrag der Erträge	123.506,3	117.812,4	-5.693,9

zu 1. Steuern und ähnliche Abgaben

Die positive Entwicklung der Steuererträge resultiert insbesondere aus der Grundsteuer B (+94 T€), dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+1.478 T€) und den Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (+272 T€). Die Gewerbesteuer blieb dagegen um 152 T€ hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

zu 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sind die Schlüsselzuweisungen mit 10.359 T€ im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben (-15 T€). Die hohe Abweichung zum Vorjahr ergibt sich hauptsächlich durch den Wegfall der Erträge

aus dem Konjunkturpaket II, welches im Jahr 2011 ausgelaufen ist und dort mit 5,24 Mio. € abschloss. Des Weiteren wurde die I-Pauschale erst nach Ratsbeschluss im Jahr 2013 an den Eigenbetrieb Dormagen weitergeleitet, so dass sie nicht erst ergebniswirksam erfasst wurde, sondern unter den Erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen ist. Entsprechend sinken aber auch die korrespondierenden Aufwendungen der Transferleistungen hierzu. Diese Mittel sind dementsprechend auch ergebnisneutral.

zu 3. Sonstige Transfererträge

Insbesondere beim Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (u. a. UVG) ergaben sich in 2012 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (-110 T€).

zu 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Mehrerträge von 104,4 T€. Diese resultieren insbesondere aus der Zunahme bei den Elternbeiträgen (Betreuung OGS und Kindergärten) sowie erhöhten Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich. Die Straßenreinigungsgebühren liegen mit 428,6 T€ ebenfalls über dem Vorjahreswert (+115,8 T€). Dagegen liegen die Müllabfuhrgebühren (-125 T€) sowie die Baugebühren (-119 T€) unter den Ergebnissen von 2011.

zu 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen tragen insbesondere die höheren Erstattungen des Landes für die Tageseinrichtungen für Kinder mit 358 T€ zu den Verbesserungen bei.

zu 7. Sonstige ordentliche Erträge

Die Sonstigen ordentlichen Erträge fielen im Vorjahr um 575 T€ niedriger aus, da die Erträge aus der Auflösung von Beihilferückstellungen sinken (-381 T€). Dagegen steigen die Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen (+92 T€) und die Erträge aus der Auflösung von Altersteilzeitrückstellungen (+183 T€). Zudem sinken die periodenfremden Erträge gegenüber 2011 (-387 T€).

zu 19. Finanzerträge

Sowohl die Nachzahlungszinsen für Gewerbesteuer (-554 T€) als auch die Zinserträge (-247 T€), welche die Stadt im Rahmen des Cash-Managements von ihren Töchtern für deren Liquiditätssicherung erhält, waren rückläufig.

Aufwendungen

Nr.	Positionsbezeichnung	Fortgeschr. Ansatz 2012 T€	Ist-Ergebnis 2012 T€	Unterschied T€
11	Personalaufwendungen	27.604,5	28.305,9	-701,4
12	Versorgungsaufwendungen	302,0	693,3	-391,3
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.145,6	13.831,2	2.314,4
14	Bilanzielle Abschreibungen	6.773,7	3.547,6	3.226,1
15	Transferaufwendungen	59.276,1	52.565,8	6.710,3
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.413,3	21.912,2	-7.498,9
17	Ordentliche Aufwendungen	124.515,2	120.855,9	3.659,3
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.621,0	537,1	1.083,9
	Gesamtbetrag der Aufwendungen	126.136,2	121.393,1	4.743,1

zu 11. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen ergeben sich im Vergleich zu den Planansätzen Mehraufwendungen i. H. v. 701,4 T€. Im Wesentlichen liegen hier die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte rd. 186 T€ über der Haushaltsplanung. Die Beihilfen liegen ebenfalls über dem kalkulierten Ansatz (+399 T€). Die Zuführungen zur Rückstellung für Altersteilzeit liegen 10 T€ unter dem Ansatz. Die Zuführungen zu den Rückstellungen für Resturlaub und Mehrarbeit, welche in den Planansätzen nicht enthalten sind, schlagen mit insgesamt 220 T€ zu Buche. Des Weiteren haben sich Steigerungen aus den Tarifabschlüssen für die Beschäftigten ergeben.

zu 12. Versorgungsaufwendungen

Im Bereich der Versorgungsaufwendungen wird der Planansatz von 302 T€ um 391 T€ überschritten. Die Beihilfen an Versorgungsempfänger sowie Hinterbliebene liegen um rd. 65 T€ über dem kalkulierten Ansatz. Hinzu kommen noch 327 T€ aus Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger, die über dem Planwert liegen. Die für die Planung ermittelten Beträge ergaben einen

Auflösungsbetrag, welcher unter den Sonstigen ordentlichen Erträgen veranschlagt ist.

zu 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben sich gegenüber der Planung Minderaufwendungen i. H. v. 2,3 Mio. €. Darin enthalten ist der Verlustausgleich an die TBD (Ansatz: 1,44 Mio. €). Dieser wird richtigerweise unter der Position „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ verbucht.

Des Weiteren bleiben im Bereich Abfallwirtschaft die Entsorgungskosten im Vergleich 170,5 T€ unter dem Ansatz.

Bei der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (insbesondere Planungskosten) konnten rd. 194 T€ gegenüber dem Ansatz eingespart werden.

zu 14. Bilanzielle Abschreibungen

Die Bilanziellen Abschreibungen sind 3,2 Mio. € geringer ausgefallen als veranschlagt. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der unter Position 7. Sonstige ordentlichen Erträge erläuterten Buchungssystematik (Netto-Methode) beim Verkauf von Anlagevermögen. Für den Haushaltsplan 2012 wurden hierfür 2,36 Mio. € veranschlagt. Des Weiteren wurde das gemäß dem NKF-Weiterentwicklungsgesetz eingeräumte Wahlrecht für die Abschreibung von Geringwertigen Wirtschaftsgütern dahingehend ausgelegt, dass Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert kleiner oder gleich 410,00 € netto sofort als Aufwand (Position 16. sonstige ordentliche Aufwendungen) verbucht werden. Innerhalb der alten Wertgrenzen von 60,00 € bis 410,00 € netto waren im Haushaltsplan 250 T€ veranschlagt. Außerdem haben sich in den Budgets Gefahrenabwehr und -vorbeugung sowie Rettungsdienst Verschiebungen bei der Beschaffung von Fahrzeugen ergeben.

zu 15. Transferaufwendungen

Diese Position weist Minderaufwendungen gegenüber der Planung in Höhe von rd. 6,7 Mio. € aus. Der Hauptgrund ist, wie bereits auch in den Vorjahresabschlüssen, die Veranschlagung der Verlustausgleiche bzw. Budgets für KSD, ED und DoS (5,3 Mio. €). Diese wurden unter den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen ver-

bucht. Auf Grund der höheren Gewerbesteuererträge sind die Gewerbesteuerumlage und die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit ebenfalls gestiegen und schlagen hier mit einem Mehrbedarf von 50 T€ zu Buche.

Die Kreisumlage fiel gegenüber der Veranschlagung um 209 T€ geringer aus. Die Kreisumlage betrug 25.383 T€ bei einem Umlagesatz von 42,9 %.

Die weiterzuleitenden Landeszuschüsse für den Ausbau von U3-Betreuungsplätzen an den ED und an freie Träger blieben 852 T€ unter dem Haushaltsansatz für 2012.

zu 16. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Wie bereits bei den Transferaufwendungen erläutert, sind die Verlustausgleiche an den ED (inklusive SVGD), die TBD und die DoS anders als im Haushaltsplan veranschlagt im Jahresabschluss als Sonstige ordentliche Aufwendungen verbucht. Hierdurch ergeben sich bei den Sonstigen ordentlichen Aufwendungen Steigerungen i. H. v. 5,9 Mio. € (Ansatz unter Transferaufwendungen 5,3 Mio. €).

Die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung noch nicht bezifferbaren Zuführungen zu den Sonderposten für den Gebührenaussgleich schlagen nunmehr mit 568 T€ zu Buche, die größtenteils auf die Abfallwirtschaft entfallen.

Die periodenfremden Aufwendungen liegen rd. 487 T€ über dem Ansatz, Forderungsverluste sowie Einzel- und Pauschalwertberichtigungen summieren sich auf 630 T€. Hierzu gab es keine Planansätze.

zu 20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Bei der Planung wurden Zinsen für Gewerbesteuererstattungen i. H. v. 1 Mio. € einkalkuliert, von denen lediglich 226,5 T€ tatsächlich aufgewandt werden mussten.

Des Weiteren waren die Zinskonditionen auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung deutlich günstiger als kalkuliert.

Im Jahresvergleich stellen sich die Aufwendungen wie folgt dar:

Nr.	Positionsbezeichnung	Ist-Ergebnis 2011 T€	Ist-Ergebnis 2012 T€	Unterschied T€
11	Personalaufwendungen	28.512,4	28.305,9	206,5
12	Versorgungsaufwendungen	1.081,3	693,3	388,0
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.499,9	13.831,2	-331,2
14	Bilanzielle Abschreibungen	3.573,9	3.547,6	26,3
15	Transferaufwendungen	58.004,8	52.565,8	5.439,0
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.947,5	21.912,2	-1.964,6
17	Ordentliche Aufwendungen	124.619,9	120.855,9	3.763,9
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	829,7	537,1	292,5
	Gesamtbetrag der Aufwendungen	125.449,5	121.393,1	4.056,5

zu 11. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen sinken die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen insgesamt um 1,438 Mio. €. Die Beihilfen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 T€. Mehraufwendungen von 1,011 Mio. € sind bei den Dienstleistungen für die Beamten und die Tariflich Beschäftigten zu verzeichnen, davon knapp 0,7 Mio. € bei den Beschäftigten. Weiterhin schlagen für die Personalkosten – neben den Auswirkungen aus dem Tarifabschluss - Aufwendungen für zusätzliches Personal insbesondere im Bereich der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (Dritter Rettungswagen) sowie im Bereich der Kindertagesstätten zu Buche. Auch die zusätzliche Aufgabe nach dem Teilhabe- und Bildungsgesetz verursacht Mehraufwendungen. Ein Teil der Mehraufwendungen konnte durch Einsparungen insbesondere im Bereich der Beamtenbesoldung kompensiert werden.

zu 12. Versorgungsaufwendungen

Die gesunkenen Versorgungsaufwendungen ergeben sich durch geminderte Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (-349 T€). Bei den Beihilfen für Versorgungsempfänger ergeben sich Minderaufwendungen gegenüber dem Vorjahr i. H. v. 38 T€.

zu 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen fällt bei den Mehraufwendungen insbesondere die Erstattung des kommunalen Finanzierungsanteils am Jobcenter ins Gewicht. Hierfür waren in 2012 Zahlungen i. H. v. 284 T€ fällig. Des Weiteren sind die Aufwendungen für Notarztgestellungen u. ä. im Bereich des Rettungsdienstes um insgesamt 14 T€ gestiegen. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung werden an andere Jugendhilfeträger rd. 50 T€ mehr erstattet. Die Schülerbeförderungskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um 100 T€ niedriger ausgefallen. Die Entsorgungskosten sind nahezu gleich geblieben.

zu 14. Bilanzielle Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Jahresvergleich nahezu konstant geblieben (+26 T€). Auf Grund der sehr langen Nutzungsdauer von 50 bzw. 60 Jahren (je nach Straßentyp) entstammt ein Großteil der Abschreibungen aus diesem sehr kapitalintensiven Bereich. Der Anteil der Abschreibungen des Straßenbaus an den gesamten Abschreibungen beträgt 2,97 Mio. € oder 83,7 % (Vorjahr: 2,92 Mio. € bzw. 81,8 %).

Des Weiteren entfallen für 2012 die Abschreibungen von Geringwertigen Wirtschaftsgütern, da diese nun sofort in den Aufwand gebucht werden können (Pos. 16. Sonstige ordentliche Aufwendungen).

zu 15. Transferaufwendungen

Der Rückgang bei den Transferaufwendungen ergibt sich zu 5,2 Mio. € aus der Weiterleitung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II an den Eigenbetrieb Dormagen und an Konzernexterne (siehe auch Erläuterungen zu den Transfererträgen). Die Maßnahme ist 2011 ausgelaufen und wurde 2012 nicht fortgeführt. Dagegen steigt die Kreisumlage im Jahresvergleich um rd. 1,03 Mio. €. Die Gewerbesteuerumlage sowie die Zahlungen zum Fonds Deutsche Einheit vermindern sich um insgesamt rd. 288 T€.

zu 16. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen steigen im Jahresvergleich um 1,96 Mio. €. Zum Einen sind die sofort als Aufwand verbuchten Geringwertigen Wirtschaftsgüter hier ausgewiesen (140 T€, vgl. Ausführungen zu bilanzielle Abschrei-

bungen). Zum Anderen wurden für die Verlustausgleiche nun keine Rückstellung mehr gebildet, da die Verlustausgleiche in das Haushaltsjahr des Ratsbeschlusses gebucht werden. Hieraus ergeben sich Veränderungen gegenüber dem Vorjahr i. H. v. 1,29 Mio. €. Die periodenfremden Aufwendungen stiegen im Jahresvergleich um rd. 89 T€. Ebenso stiegen die Zuführungen zu Sonderposten für den Gebührenausgleich um rd. 352 T€.

zu 20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Position Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen weist 2012 insbesondere auf Grund der um 275 T€ geringer ausfallenden Erstattungszinsen für Gewerbesteuer Minderaufwendungen gegenüber 2011 aus.